ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gern, Klaus-Jürgen

Article

Zu den Strukturreformen im Rahmen von "Abenomics"

IfW-Box, No. 2015.2

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen (2015) : Zu den Strukturreformen im Rahmen von "Abenomics", IfW-Box, No. 2015.2, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/201090

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IfW-Box 2015.2

Zu den Strukturreformen im Rahmen von „Abenomics“

Klaus-Jürgen Gern

Ein zentrales Ziel der im Dezember 2012 gewählten japanischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Abe ist es, die wirtschaftliche Dynamik nachhaltig zu verstärken und die langjährige deflationäre Tendenz im Land zu brechen. Konkret sollen das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts, das in den vergangenen beiden Jahrzehnten im Trend bei knapp 1 Prozent jährlich lag, auf 2 Prozent pro Jahr im Zeitraum von 2013 bis 2022 erhöht und die Inflationserwartungen auf ein Niveau von 2 Prozent gebracht und dort stabilisiert werden. Zu diesem Zweck wurde ein wirtschaftspolitisches Programm entworfen, das in der Öffentlichkeit häufig als „Abenomics“ bezeichnet wird. Es umfasst eine massive Lockerung der Geldpolitik, eine „flexible“ Finanzpolitik, die mittelfristig den hoch defizitären Staatshaushalt konsolidieren, zunächst aber der Nachfrage Impulse geben sollte, sowie Strukturreformen zur Stärkung des mittelfristigen Wachstums und der Förderung der privaten Investitionen.

Die Zentralbank setzte ihr Vorhaben, die Geldbasis innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren durch den stetigen Kauf von Wertpapieren zu verdoppeln, weitgehend planmäßig um. Die Finanzpolitik setzte im Kontext der im zweiten Halbjahr 2012 in Japan herrschenden Rezession zunächst auf eine kräftige Ausweitung der Staatsausgaben zur Stärkung der Nachfrage. Die als Einstieg in die Konsolidierung betrachtete Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5 auf 8 Prozent wurde von einem weiteren Konjunkturpaket begleitet, so dass das staatliche Haushaltsdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr wohl nur leicht verringert wurde. Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel hat sich die zunächst zu beobachtende wirtschaftliche Belebung als Strohfeuer erwiesen. Das Niveau der Verbraucherpreise hat sich zwar erhöht, allerdings nur leicht, wenn man den Effekt der Verbrauchsteuererhöhung herausrechnet, und der zugrunde liegende Preisanstieg ist dabei vor allem auf höhere Importpreise als Folge der Abwertung des Yen zurückzuführen.

Da eine geldpolitische Stimulation allenfalls eine vorübergehende Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben kann und die Finanzpolitik auf mittlere Sicht eher restriktiv ausgerichtet werden muss, fällt den strukturellen Reformen die zentrale Rolle zur Erreichung des ambitionierten Wachstumsziels zu. Angesichts der im Trend rückläufigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter impliziert die Vorgabe von 2 Prozent jahresdurchschnittlichen realen Wirtschaftswachstums eine Zunahme der Produktivität je Beschäftigten, die sogar in der Größenordnung von 2,5 Prozent liegen müsste – ein Wert, der nicht nur um 1,5 Prozentpunkte über dem derzeitigen trendmäßigen Produktivitätsanstieg liegt, sondern auch im Vergleich mit anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausgesprochen hoch ist. Gegenwärtig besteht auch keine erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten, die eine über das Potenzialwachstum hinausgehende wirtschaftliche Expansion über längere Zeit ermöglichen würde. Darauf deutet die Tatsache hin, dass die Arbeitslosenquote seit 2009 von mehr als 5 Prozent auf 3,5 Prozent gesunken ist, den niedrigsten Wert seit 1997. Um eine nachhaltige Wachstumsverstärkung zu erzielen, müssen also zusätzliche Investitionen angestoßen werden und hinreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Um diese dritte (und mittelfristig wichtigste) Säule der Abenomics mit Inhalt zu füllen, wurde im vergangenen Sommer ein Katalog von 250 Politikmaßnahmen vorgestellt, die drei Stoßrichtungen haben: Verbesserung der Rentabilität der Unternehmen, Ausweitung des Arbeitskräftepotenzials und Reform bedeutender Wirtschaftsbereiche. Ähnliche Maßnahmen waren allerdings häufig bereits Bestandteil von früheren Regierungsprogrammen. So ist die vorgesehene Schaffung von steuerbegünstigten und weniger regulierten Sonderwirtschaftszonen in der Vergangenheit schon mit gemischtem Erfolg betrieben worden. Rentabilitätsfördernd wirkt insbesondere die beschlossene Senkung der Körperschaftsteuer um 2,5 Prozentpunkte. Eine weitergehende Reform der Unternehmenssteuern, die eine Reduzierung der insbesondere für die großen Unternehmen im internationalen Vergleich hohen Belastung vorsieht, ist bereits in der Vergangenheit vielfach anvisiert, jedoch nie umgesetzt worden. Hinsichtlich des Arbeitskräftepotenzials liegt der Schwerpunkt der Politik Abes auf der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit. Hier sind Fortschritte erkennbar, auch wenn unklar ist, inwieweit die Politik der Regierung dafür verantwortlich ist. Zentral sind vor allem Strukturreformen wie eine Deregulierung des stark segmentierten Arbeitsmarktes oder die Liberalisierung hoch reglementierter bzw. stark geschützter Sektoren, um Produktivitätsreserven zu mobilisieren und Investitionen anzuregen. Dabei stößt die Regierung freilich regelmäßig auf starken Widerstand von Interessengruppen, die eine Umsetzung behindern oder verzögern. So wurden Regelungen zur Lockerung des Kündigungsschutzes in den Sonderwirtschaftszonen verwässert. Die Entflechtung der Elektrizitätsversorgung ist zwar vorgesehen, allerdings erst für 2016; die Abschaffung des traditionellen Quotensystems für die Reisproduktion als prominenteste Maßnahme zum Abbau der hohen Protektion in der Landwirtschaft soll erst im Jahr 2018 vollzogen werden. Bei dieser zögerlichen Reformpolitik erscheint eine nachhaltige deutliche Beschleunigung des Wachstums in Japan unwahrscheinlich.

Quelle: Gern, K.-J., N. Jannsen, S. Kooths und M. Plödt (2015). Weltkonjunktur zieht allmählich an. Kieler Konjunkturberichte Nr. 3 (2015|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel (Kasten 2: 23).